

### **Mehr soziale Teilhabe durch geförderte Beschäftigung?**

3. November 2016, Moormerland-Jheringsfehn

Mit einer Million Langzeitarbeitslosen rangiert Deutschland im europäischen Vergleich weit oben. In Niedersachsen sind mittlerweile fast 100.000 Menschen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Viele dieser Menschen sind trotz der guten Wirtschaftslage seit mehr als einem Jahr und oft sehr viel länger auf Jobsuche. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit sinkt die Chance, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Dabei sind die Gründe für die Erwerbslosigkeit vielfältig: oft werden fehlende oder zu geringe Qualifikationen sowie das Alter der Betroffenen genannt. Immer häufiger sind es aber auch individuelle Gründe wie gesundheitliche Einschränkungen oder persönliche Schicksalsschläge. Soziale Ausgrenzung, Existenzängste und ein sinkendes Selbstwertgefühl sind oft die Folge. Die psychische Belastung ist für die Betroffenen verheerend. Eine Abwärtsspirale droht, aus der sich insbesondere Langzeitarbeitslose über 50 Jahren nur schwer alleine befreien können.

Die Arbeitsmarktpolitik muss aber auch diesen Menschen langfristig eine neue Perspektive eröffnen. Ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt ist ein möglicher Weg, um Langzeitarbeitslosen eine soziokulturelle Teilhabe durch Arbeit zu ermöglichen.

Zur Diskussion über dieses Thema lud das **Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung** am 03. November 2016 zu einer Veranstaltung mit dem Titel ‚*Mehr soziale Teilhabe durch geförderte Beschäftigung?*‘ in Moormerland ein.

Zu Beginn der Veranstaltung referierte der Abgeordnete **Markus Paschke MdB**. Zunächst stellt Paschke fest, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Deutschland gesunken sei. Doch seit einigen Jahren stagniere sie auf hohem Niveau. Anschließend wies er darauf hin, dass diese Gruppe nicht homogen sei und daher jeder einer stärkeren individuellen Förderung bedürfe. Die Aufgabe einer guten Arbeitsmarktpolitik sei es demnach, intensive



**Markus Paschke MdB**

Unterstützung anzubieten und die soziokulturelle Teilhabe zu fördern. Insbesondere in Deutschland definierten sich die Bürger\_innen durch ihre Arbeit. Deshalb solle der Staat doch lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, so Paschke. Dadurch würde man im Übrigen auch die Politikverdrossenheit bekämpfen. Aus diesem Grund habe das Bundesministerium für Arbeit und Soziales das Projekt ‚Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt‘ gestartet. Das Projekt richte sich an Menschen mit besonderen Problemlagen und langem Arbeitslosengeld II-Bezug. Dadurch würden Arbeitsverhältnisse, die wettbewerbsneutral sind und im öffentlichen Interesse liegen, gefördert. Paschke betont, dass außerdem beschäftigungsbegleitende Aktivitäten angeboten würden, um den Teilnehmenden Stabilität und Problemlösungsstrategien anzubieten. Die ostfriesische Stadt Leer nehme an diesem Projekt ebenfalls teil.

Der Bundestagsabgeordnete hebt abschließend noch hervor, dass Niedersachsen 1.000 neue Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen wolle. „Niedersachsen will ein klares Signal an die Bundesregierung und an Langzeitarbeitslose senden, dass keiner zurückgelassen wird“, so Paschke.



**Dr. Philipp Ramos Lobato**

Daran anschließend trug **Dr. Philipp Ramos Lobato** vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg die Ergebnisse seiner Forschung vor. Auch er wies zunächst auf die seit 2012 stagnierende Zahl der Langzeitarbeitslose hin. Die andauernde Erwerbslosigkeit bleibe ein zentrales Problem des deutschen Arbeitsmarktes.

Wie eine Studie des Instituts ergeben habe, verbessere ein Beschäftigungszuschuss nachweislich das Teilhabeerleben der Geförderten, so Ramos Lobato. Außerdem seien eine betriebliche Integration und Statusaufwertung zentrale Faktoren bei der sozialen

Teilhabe. Insbesondere eine Statusaufwertung habe einen positiven Effekt auf die Geförderten. Ramos Lobato erklärt, dass es sich dabei zwar um eine geförderte Beschäftigung handle, doch das Gehalt werde eigenständig erarbeitet. Die Anerkennung dieser Tatsache begünstige die Statusaufwertung. Ebenfalls bedeutend sei die Dauer der geförderten Beschäftigung. Sie entscheide über deren Erfolg. Ramos Lobato ist sich sicher, dass Teilhabeeffekte nicht direkt zu Beginn der Förderung festzustellen seien. Damit die geförderte Beschäftigung langfristig Erfolge zeigen kann, müsse sie mindestens zwei Jahre andauern.

Abschließend benennt Ramos Lobato noch einmal die Erfolgsbedingungen einer solchen Beschäftigung: Die individuellen Leistungen müssten zunächst erkannt werden, um entsprechende Arbeitsanforderungen an den Geförderten stellen zu können. Außerdem müsse man die Selbstwahrnehmung als „echter“ Erwerbstätiger bestärken. Entscheidend sei aber die Förderung, so der Wissenschaftler.

In der anschließenden Diskussion wies zunächst **Klaus Dieter Gleitze** von der Landesarmutskonferenz in auf die Problematik der bisher gängigen Zeitarbeit hin. Diese Art der befristeten Arbeit verletze die Würde des Arbeitnehmers. „Die ständige Kontrolle und Bestrafung macht einen regelrecht krank.“ Er sprach sich klar für eine geförderte Beschäftigung aus, da Langzeitarbeitslose keine Chance hätten langfristig zurück in den Arbeitsmarkt zu finden. Ramos Lobato ergänzt, dass auch das Arbeitslosengeld II neben der Zeitarbeit die geförderte Beschäftigung reduziert habe. Der Landessozialpfarrer und leitende Referent des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt, **Dr. Matthias Jung**, teilt die Auffassung von Gleitze und Ramos Lobato. Außerdem betont er noch die Wichtigkeit einer begleitenden Beratung bei der geförderten Beschäftigung für Arbeitnehmer\_innen und für Arbeitgeber\_innen gleichermaßen. Jung führt fort, dass man mit den Langzeitarbeitslosen ins Gespräch kommen solle. Da sie keine homogene Gruppe seien, sei es oft schwierig ein bestimmtes Handlungsfeld auszumachen. Daher sei eine individuelle Förderung von Nöten. Paschke erklärt diesbezüglich, Niedersachsen habe ein Programm für Langzeitarbeitslose auf den Weg gebracht, welches die individuellen Lebenslagen und eine sozialpädagogische Betreuung vorsehe. Dazu bemängelt Gleitze die bestehenden Handlungs- und Umsetzungsprobleme. Außerdem seien die Programme in der Gesellschaft zu wenig präsent. Deshalb schlug Gleitze vor, diese in den Medien stärker zu bewerben.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Paschke beendete die Podiumsdiskussion mit einem persönlichen Fazit: „Wir können es uns finanziell und gesellschaftlich schlichtweg nicht leisten, Menschen aus dem Arbeitsmarkt auszugrenzen. Es geht nicht um Almosen sondern um wirkliche Teilhabe. Arbeitsmarktpolitik ist Gesellschaftspolitik“.



**v.l.n.r.: Dr. Philipp Ramos Lobato, Klaus Dieter Gleitze, Dr. Birgit Mangels-Voegt, Markus Paschke MdB, Dr. Matthias Jung**